

Frieden von unten

Zivilgesellschaftliche Versöhnung in Kolumbien

Konflikte verstehen, Dialog fördern, Frieden verstetigen – unter dem Schlagwort „Peacebuilding“ hat die internationale Staatengemeinschaft zahlreiche Maßnahmen entwickelt, um nach gewalttätigen Auseinandersetzungen Gesellschaften friedlich zu entwickeln. Meist allerdings werden diese Maßnahmen von Regierungen oder internationalen Organisationen in die Bevölkerung getragen. Anders in Kolumbien, das auf einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg zurückschaut.

Wolfgang Minatti

Krieg und Gewalt sind auf der ganzen Welt so präsent wie schon lange nicht mehr. Sozioökonomische Ungleichheiten, ideologische Polarisierung oder aber regionale Machtinteressen führen zu einer Vielzahl von innerstaatlichen Konflikten und traditionellen Kriegen zwischen Staaten. Die Auswirkungen dieser Konflikte sind Leid, Zerstörung und eine Beeinträchtigung der Lebensentfaltung von unzähligen Menschen weltweit.

Wie kann Frieden gestärkt werden? Unter dem englischen Begriff des „Peacebuilding“ werden jene Instrumente versammelt, die der internationalen Staatengemeinschaft zur Verfügung stehen, um Frieden zu schaffen und zu konsolidieren. Sie umfassen eine Vielzahl von Aktivitäten, die darauf abzielen, die Ursachen von Konflikten zu beleuchten, den Dialog zu fördern und Friedensprozesse nachhaltig zu gestalten. Beispiele sind im Balkan, in Irland, Äthiopien oder der Zentralafrikanischen Republik zu beobachten.

Diese Instrumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Doch den allermeisten liegt die Annahme zugrunde, dass Krieg und Konflikt dort entstehen, wo der Staat schwach ist. Folglich schien der Aufbau starker, liberaler

und demokratischer Institutionen des Rechtsstaats die Lösung für globale Konfliktherde und die Konsolidierung von Frieden zu sein. Doch zum Ende der 2000er Jahre setzte sich die Einsicht durch, dass im Zuge von Peacebuilding geschaffene staatliche Institutionen Legitimität in der Bevölkerung brauchen. Friedensprozesse dürfen sich nicht auf elitäre Zirkel beschränken, sie müssen der breiten Bevölkerung Raum zur Teilhabe bieten. Auch wenn die Prozesse meist zentral und von oben, also „top down“, angeregt wurden, wurden immer häufiger lokale Akteur:innen eingebunden.

Doch trotz dieser beständigen Weiterentwicklung haben nationale und internationale Bemühungen dieses institutionell-liberalen Peacebuilding, meist im Globalen Süden unter der Leitung von Institutionen des Globalen Nordens, bestenfalls gemischten Erfolg. Begrenzte Ressourcen, politische Blockaden, vor allem aber vom Krieg geprägte Mentalitäten und die Herausforderung, eine Kultur der Versöhnung und des Dialogs zu etablieren: Es gibt viele Hürden, die überwunden werden müssen, um erfolgreiche Friedensprozesse zu ermöglichen. Allerdings gibt es Hoffnung: Gerade im Globalen Süden entwickeln sich neue Ansätze, die



Wolfgang Minatti ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance des WZB, wo er zu Fragen der Legitimität in Herrschaftsverhältnissen im Kontext der Konflikt- und Friedensforschung arbeitet. Er promovierte am European University Institute (EUI) in Florenz, Italien. wolfgang.minatti@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Partizipation nicht als Teil von Top-down-Prozessen sehen, sondern auf das Engagement und die Handlungskraft lokaler Initiativen und Bewegungen setzen, die ihren eigenen Prozess der Friedenskonsolidierung konzipieren und umsetzen.

Wie fordern diese neuen Bewegungen bestehende Friedensprozesse heraus? Und was können wir daraus lernen? Das lässt sich am Beispiel der Friedensbewegung in Kolumbien zeigen, die ich im Zuge meiner Feldforschung zum kolumbianischen Bürgerkrieg kennengelernt habe.

Der Bürgerkrieg zwischen der kolumbianischen Regierung und der größten Rebellenarmee des Landes, den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), dauerte fast 60

„Der kolumbianische Bürgerkrieg dauerte fast 60 Jahre, fast eine halbe Million Menschen kamen ums Leben“

Jahre und betraf alle Bereiche der kolumbianischen Gesellschaft. Laut neuesten Schätzungen kamen dabei fast eine halbe Million Menschen ums Leben. Im Jahr 2016 konnte die Bevölke-

rung endlich in einem Referendum über ein Friedensabkommen mit den FARC abstimmen. Doch anders als von Beobachter:innen erwartet, lehnte eine knappe Mehrheit der Kolumbianer:innen den Frieden und die Amnestie für die Rebellen ab – vorangegangen war eine Polarisierungskampagne der konservativen Kräfte, die das Abkommen als zu großzügig kritisierten. Die Befürwortung des Abkommens wurde daher von vielen als Zeichen der Unterstützung der FARC an sich gewertet. Einige Zeit später konnten die Konfliktparteien unter Einbindung des Parlaments, nicht aber der Bevölkerung ein leicht abgeändertes Abkommen unterzeichnen, und die FARC legten die Waffen nieder.

Der Ansatz des Friedensabkommens von 2016 unterschied sich deutlich von vorangegangenen Peacebuilding-Prozessen sowohl in Kolumbien als auch in anderen Konfliktgebieten. Nicht nur war die Rolle internationaler Geberstaaten und Akteure auffallend limitiert; das Friedensabkommen sah auch verschiedenste Möglichkeiten zur Beteiligung der Zivilgesellschaft am

„Die Regierung von Duque versäumte es, das durch die Demobilisierung der Rebellen entstandene Machtvakuum in abgelegeneren Regionen zu füllen“

Friedensprozess vor. Doch die Umsetzung des Friedensabkommens erwies sich als äußerst schwierig, weil 2018 der Konservative Iván Duque mit einer Kampagne genau gegen dieses Friedensabkommen zum Präsidenten gewählt wurde. Unter der Regierung von Duque ging der Staat nur langsam notwendige Strukturreformen an und versäumte es, das durch die Demobilisierung der Rebellen entstandene Machtvakuum in abgelegeneren Regionen des Landes zu füllen. Gleichzeitig nahm die Gewalt im Land wieder zu, hunderte von Friedensaktivist:innen wurden ermordet. Anders als es der etablierte institutionell-liberale Peacebuilding-Ansatz voraussetzt, hatte die neue Regierung also wenig bis kein Interesse an der Friedenskonsolidierung „top down“. Die Frustration in der Bevölkerung entlud sich schließlich in den größten

Gedenken an die Opfer des Bürgerkriegs.
Eine Frau steht in Bogotá zwischen Kartons,
die Särge symbolisieren.
Foto: © AP Photo/Fernando Vergara,
alle Rechte vorbehalten.



Massenprotesten, die Kolumbien seit den 1970er-Jahren gesehen hatte.

Trotzdem entwickelte sich zwischen 2016 und 2022 eine neue Friedensbewegung im Land. So arbeitete eine noch vor Iván Duque eingesetzte Wahrheitskommission im Schatten des schleppenden Friedensprozesses an der Untersuchung des brutalen internen Konflikts in Kolumbien. Ihr Ziel war es, die Ursachen, Verläufe und Folgen des Konflikts, insbesondere die Menschenrechtsverbrechen der bewaffneten Gruppen und des kolumbianischen Militärs, in mehr als 14.000 Einzel- und Gruppeninterviews zu dokumentieren und so eine gesellschaftliche Basis für Versöhnung zu schaffen. Außerdem konnte die Kommission an eine in Kolumbien seit Jahrzehnten wachsende Struktur von lokalen und regionalen Friedensinitiativen anknüpfen, die sich nun gemeinsam mit der Kommission für Programme zur Förderung der Versöhnung und des Dialogs zwischen den ehemaligen Konfliktparteien einsetzten.

Zusammen haben sie öffentliche Foren für Dialog und Partizipation im städtischen und ländlichen Raum angestoßen und so eine von der

„Vertreter:innen der Wahrheitskommission ermutigten dazu, im Dialog und Zuhören zu einer Kultur der convivencia – des friedlichen Zusammenlebens – beizutragen“

Regierung unabhängige Friedensbewegung angestoßen. In diesen Foren fanden Menschen unterschiedlichster Altersgruppen und Gesinnung Raum für Ausdruck, Zuhören und Aufarbeitung: Ehemalige Guerrillakämpfer:innen und Opfer, die gemeinsam Kulturräume schaffen und bespielen; junge Musiker:innen, die ihre Konflikterfahrungen thematisieren und nationales Vergeben fordern; Künstler:innen, die Wände mit dem Schmerz der letzten fünf Jahrzehnte, aber auch der Hoffnung auf einen Neubeginn bemalen; und Vertreter:innen der Wahrheitskommission, die dazu ermutigten, im Dialog und Zuhören zu einer Kultur der „convivencia“ – des friedlichen Zusammenlebens – beizutragen.

Die Wahrheitskommission regte die Einrichtung von 28 „Casas de la Verdad“ (Wahrheitshäusern) als Teil einer Strategie zur Förderung des Vertrauens im ganzen Land an. Diese Häuser dienen nicht nur als Räume für die Zeugenaussagen von Opfern und Tätern, sondern auch als soziale Zentren, die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen Diskussionsräume bieten, damit sie selbst zur Dokumentation und einem besseren Verständnis des bewaffneten Konflikts beitragen können. In den Wahrheitshäusern und in ihrem Umfeld soll persönlicher Austausch stattfinden, aber auch dokumentarische und künstlerische Ausstellungen und digitale Präsentationen.

Der Weg zum Frieden in Kolumbien bleibt voller Hindernisse. Doch die Wahrheitskommission hat eine lokale Friedensinfrastruktur angeregt. Durch die Betonung der Graswurzelebene, also den Aufbau eines breiten Netzwerks an Initiativen und die Integration und Ermächtigung von Menschen, die sich beteiligen wollen, wurde eine neue transformative Kraft im Land etabliert. Genau diese lokale Infrastruktur unzähliger Initiativen und Zusammenschlüsse für den Frieden leistete einen wichtigen Beitrag dazu, dass Kolumbien 2022 zum ersten Mal in der Geschichte des Landes einen linken Präsidenten wählte: Gustavo Petro kandidierte mit dem Programm, den langsamen Friedensprozess zu beschleunigen und auf sämtliche noch aktive bewaffnete Gruppen auszuweiten.

Ob dieser Prozess des „paz total“ (totaler Frieden), wie Petro sein Ziel nennt, Erfolg haben wird, ist noch nicht klar. In jedem Fall aber ist zu beobachten, dass die Friedensbewegung in Kolumbien eine neue Art von Peacebuilding

„Hier hat sich eine Bewegung formiert, die dezentral in vielen kleinen zwischenmenschlichen Gesten Versöhnung und Dialog pflegt“

gestaltet. Zwar ist die Demokratisierung von Friedensprozessen schon lange eine Forderung von Friedensaktivist:innen auch innerhalb des institutionell-liberalen Feldes. Doch in Kolumbien bedeutet das eine deutlich klarere und

sichtbarere Hinwendung zur Handlungsmacht kreativer und diverser Graswurzelbewegungen. Anstatt kurzfristiger und nach unten gerichteter Ansätze für komplexe soziale und politische Konfliktlinien hat sich hier eine Bewegung formiert, die dezentral in vielen kleinen zwischenmenschlichen Gesten Versöhnung und Dialog pflegt und Friedenskonsolidierung als langfristige Aufgabe versteht.

Freilich zeigen sich in Kolumbien auch die Grenzen eines solchen Friedensprozesses. Da sich die Bewegung aus verschiedensten Initiativen und Interessengruppen zusammensetzt, werden hier die gleichen Spaltungen und Polarisierungen sichtbar, die auch den Konflikt selbst kennzeichnen. Darüber hinaus haben sich zunehmend heterogene Akteur:innen unter dem Schirm der Friedensbewegung versammelt, die nicht mehr nur für ein Ende der Gewalt eintreten, sondern für eine Vielzahl weiterer Ziele. Dazu gehört der Ausbau lokaler Infrastruktur, die Unterstützung der Opfer des bewaffneten Konflikts, Umweltschutz, die Schaffung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten und das Ende der militärischen Bekämpfung des illegalen Drogenanbaus. Die Breite

dieses Bündnisses hat zweifellos eine bisher ungesehene Mobilisierung für den Frieden ermöglicht. Doch in diesem Kontext wird der Friedensbegriff sehr weit gedeutet, was es verschiedensten Akteur:innen erlaubt, ihre Interessen zu verfolgen. Und letztlich haben die Erfahrungen der Friedensbewegung während der Präsidentschaft von Iván Duque auch gezeigt, dass selbst eine breit aufgestellte Graswurzelbewegung für den Frieden auf lange Sicht den Dialog und die Kooperation mit staatlichen Institutionen braucht, um lokale Erfolge in nationale Politik zu integrieren.

Aber so schwierig diese Aushandlungen auch sind – die kolumbianische Friedensbewegung hat eine Alternative zum institutionell-liberalen Peacebuilding aufgezeigt: eine Bewegung für den Frieden, die Raum für Dialog und Versöhnung eröffnet und in der die Zivilgesellschaft in unzähligen lokalen Initiativen maßgeblich mitbestimmt. Obwohl auch diese Prozesse nicht frei von gesellschaftlichen Konfliktlinien sind, haben sich so im ganzen Land eine politische Kraft und eine Infrastruktur für den Frieden entwickelt, mit denen man rechnen muss. ●

Literatur

Autesserre, Severine: *Peaceland: Conflict Resolution and the Everyday Politics of International Intervention*. New York: Cambridge University Press 2014.

Gómez-Suárez, Andrei: „Present-Oriented Reconciliation and Reparative Futures in the Making – The Case of Rodeemos El Diálogo in Colombia“. In: *Futures*, 2023, Jg. 154. DOI: 10.1016/j.futures.2023.103273.

Jaramillo Marín, Jefferson/et al.: *Participating in Peace: Violence, Development and Dialogue in Colombia*. Bristol: Bristol University Press 2023.

Lederach, Angela Jill: *Feel the Grass Grow: Ecologies of Slow Peace in Colombia*. Stanford: Stanford University Press 2023.

Ortiz-Ayala, Alejandra: „War Mentalities: Disarming State Soldiers' Hearts and Minds in Post-Agreement Colombia“. In: *Civil War Paths*, 2023. <https://www.civilwarpaths.org/war-mentalities/> (Stand 08.05.2024).

Vélez-Torres, Irene/Gough, Katherine/Larrea-Mejía, James/Piccolino, Giulia/Ruette-Orihuela, Krisna: „'Fests of Vests': The Politics of Participation in Neoliberal Peacebuilding in Colombia“. In: *Antipode*, 2022, Jg. 54, H. 2, S. 586–607. DOI: 10.1111/anti.12785.